Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt: Realschulstr. 14, Fernspr.-Sammelnr. 3054. Anholt: W. Wolfing. — Dingden: Willy Schmitz. — Hamminkeln: H. Hengstermann. — Isselburg: Johann Welling. — Rhede: J. Heinrichs. — Ringenberg: Schuledertins. — Spork: J. Krabbe. — Werth: Th. Parras. — Wesel: Hindenburgstraße 69

Im 64. Jahrgang.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 1.95, ins Haus gebracht einschl. 25 Pfg. Botenlohn 2.20, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Nummer 235 | Samstag, den 26. August 1933 | Jahrgang 1933

Die künftige Sozialpolitik.

Der Pressereferent des Reichsarbeitsministeriums, Oberregierungsrat Dr. Münz, veröffentlicht im Reichsarbeitsblatt einen bemerkenswerten Ueberblick über die sozialpolitische Gesetzgebung seit dem 30. Januar 1933. Noch mehr Interesse dürften die Ausführungen finden, die sich mit den neuen sozialpolitischen Aufgaben des kommenden Winters beschäftigen. Ein gutes Zeichen für die künftige Wirtschafts- und Sozialpolitik ist zunächst die Vereinbarung, wonach die zu treffenden wichtigen Entscheidungen der Arbeitsrechtsabteilung des Reichsarbeitsministeriums im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium erfolgen. Mit dieser engen Verbindung zwischen den benachbarten und sich ergänzenden Ministerien auf den wichtigsten sozialpolitischen Gebieten ist ein alter Ressortstreit beseitigt und ein einheitliches Vorgehen der beiden Ministerien gesichert. In Vorbereitung ist ein neuer Gesetzentwurf über die Versorgung der Kriegsopfer. Dabei wird in erster Linie die Frage geprüft werden, in welchen Punkten die geltende Kriegsopferversorgung den grundsätzlichen Auffassungen des neuen Deutschland nicht mehr entspricht und inwieweit sie deshalb grundsätzlich umgebaut werden muß. Auf dem Gebiete der Krankenkassen ist eine gründliche Durchprüfung der Kassenversicherungen erfolgt. Bei der kommenden Neuordnung des Krankenkassenwesens ist ein Ziel, ohne Leistungssenkung Beitragssenkung zu erreichen, und das ist bereits bei einer Reihe von Krankenkassen gelungen, z. B. in Breslau, Braunschweig, Elbing, Landsberg a. W. usw. Hinsichtlich der übrigen Sozialversicherung wird ein Gesetzentwurf vorbereitet, der die Leistungsfähigkeit der Invaliden-, der Angestellten- und der knappschaftlichen Pensionsversicherung für die Dauer sicherstellen soll. Bei dem Umbau wird es sich auch darum handeln, ein gesundes und gerechtes Verhältnis von Beitrag und Leistung herzustellen.

Besondere Beachtung verdient der Hinweis von Oberregierungsrat Dr. Münz, der von einer Zurückstellung der Reform der Arbeitslosenversicherung bis zum 1. April 1934 spricht. Nach unseren Informationen handelt es sich dabei um rein praktische Erwägungen der zuständigen Ressortstellen, die aber für die endgültige Lösung des Sozialversicherungsproblems von großer Bedeutung sind. Man steht im Reichsarbeitsministerium auf dem Standpunkt, daß nach dem Wunsche des Reichskanzlers alle kommunalen und ministeriellen Stellen ausschließlich für Arbeitsbeschaffung und nicht für Einzelreformen einzusetzen sind. Wenn ein Krankenhaus, in dem eine Epidemie herrscht, in Brand gerät, holt man auch zunächst die Kranken heraus und fängt nicht etwa die Hilfsmaßnahmen mit einem Umbau des Krankenhauses an. Eine sofortige Reform der Sozialversicherung ist schon deshalb sehr schwierig, weil dabei letztlich die Fragen des Finanzausgleichs, der Länder- und Kommunalreform, der Arbeitsämter, der Vermittlungsinstanzen und viele anderen Fragen angeschnitten werden müßten, die sich in den letzten Monaten sehr stark gewandelt haben, so daß eine Weiterbehandlung auf der Basis der früheren Jahre einfach nicht mehr in Frage kommt. Ein anderes aber kommt noch hinzu: Der Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit hat die bisherigen Arbeitslosenzahlen ungewöhnlich stark zum Absinken gebracht. Diese rückläufige Bewegung wird sich, wie die amtlichen Stellen annehmen, auch in Zukunft noch fortsetzen. Damit sind aber auch alle Zahlen in Bewegung geraten, die bei Maßnahmen einer Sozialversicherungsreform eine Rolle spielen. Durch die Vertagung der Reform bis zum Frühjahr des kommenden Jahres hat man den Vorteil, daß den weiteren Beratungen dann die wirklichen Zahlen dieser Zeit zugrunde gelegt werden können. Da sie viel niedriger liegen als die früheren „Schreckziffern", ist unter Umständen auch eine Sanierung der Sozialversicherung viel leichter möglich, als das noch vor wenigen Monaten schien. Eine neue Gefahr für die Gemeinden erwächst aus dieser Verzögerung nicht, da keine Aussteuerung mehr aus der Krisenfürsorge erfolgt und auf diese Weise die Gemeinden in der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge keine unliebsame Ueberraschungen mehr zu befürchten haben.

Freilich werden die Gemeinden bei dieser Sachlage keine Extratouren tanzen dürfen. Der gestern veröffentlichte Erlaß des Präsidenten der Reichsanstalt, der den Gemeinden die Fortzahlung der Arbeitslosenunterstützungen an neueingestellte Personen untersagt, verweist auf eine Methode der kommunalen Arbeitslosenhilfe, die aus wirtschaftlichen Gründen untragbar ist. Wenn einzelne Gemeinden Lohnzuschüsse aus öffentlichen Mitteln an Arbeitgeber zahlen, so entsteht die Gefahr, daß jeder Unternehmer zu den Kommunalverwaltungen kommt, um für seine Angestellten und Arbeiter ähnliche Lohnzuschüsse zu fordern. Eine derartige Entwicklung würde nicht nur alle privaten Konkurrenzmöglichkeiten zerstören. Sie würde auch geradezu im Hundertkilometertempo in einen Staatssozialismus einmünden, bei dem zuletzt der Staat die Arbeitnehmer bezahlt und damit das Recht erhält, sich als Eigentümer sämtlicher Betriebe zu fühlen. Eine solche Entwicklung widerspricht so sehr den Absichten der Reichsregierung, daß eine staatliche Warnung sich als unumgänglich notwendig erwies. Selbstverständlich betrifft diese Absage nicht diejenigen Lohnzuschüsse aus staatlichen Mitteln, die z. B. in Ostpreußen bei Entwässerungen und Straßenbauten gezahlt werden. Hier handelt es sich nicht um private Ziele, sondern um öffentliche Zwecke, die naturgemäß eine solche Lohn-Subventionspolitik rechtfertigen.

Weiter verdient Beachtung, daß nach den Mitteilungen von Dr. Münz die Reichsregierung neue Mittel zur Behebung der Wohnungsknappheit und zur Errichtung von Not- und Behelfswohnungen zur Verfügung zu stellen beabsichtigt. Wie wir erfahren, handelt es sich dabei zunächst um eine neuerliche Förderung des Eigenheimbaues, der mit etwa 20 bis 25 Millionen RM. in Bewegung gehalten werden soll. Die notwendigen Durchführungsverordnungen dürften bereits in kürzester Zeit zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsarbeitsministerium fertig beraten werden. Sie brauchen nicht mehr an das Kabinett zu wandern, da grundsätzlich diese Hilfen schon am 1. Juni d. Js. beschlossen worden sind. Daß man gerade den Eigenheimbau fördert, ist auf die große Zahl der Anträge zurückzuführen, die bei den zuständigen Stellen eingebracht worden sind. Es hat sich dabei gezeigt, daß noch Spargelder genug vorhanden sind, die bei Gewährung eines Regierungszuschusses für den Wohnungs- bezw. Eigenheimbau mobilisiert werden können.

Bei der Errichtung von Not- und Behelfswohnungen handelt es sich um Bauten, die nach der Aufhebung des Mieterschutzgesetzes örtlich notwendig geworden sind. Es hat sich in einzelnen Gegenden ein Mangel an Zwei- bis Drei-Zimmerwohnungen herausgestellt, dem man jetzt bis zum Ausgleich des Wohnungsmarktes durch Erstellung von Wohnbaracken steuern möchte. Da der Winter naht, wird man die notwendigen Gesetzesvorlagen hierfür möglichst beschleunigen. Die Finanzierungsverhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Wir möchten jedoch annehmen, daß für diese Zwecke rund 10 Millionen RM. flüssig gemacht werden dürften.

Gewitterwolken über dem Pazifik.

Ultimative Warnung Japans an Amerika?

Von unserer Berliner Redaktion.

○ **Berlin**, 25. Aug. (Drahtb.).

Aus dem fernen Osten liegen Meldungen vor, die, wenn sie den Tatsachen entsprechen, wie ein Blitzlicht die Spannungen erhellen, die im Pazifischen Ozean von Tag zu Tag deutlicher werden. Nach der Londoner Zeitung „Daily Expreß" soll nämlich Japan Amerika eine Warnung haben zukommen lassen, daß es Vergeltungszollmaßnahmen und danach auch eine Erhöhung seines Flottenbauprogramms durchführen müsse, falls Amerika sein „Prosperitäts"-Schiffsbauprogramm für die Vergrößerung der amerikanischen Flotte nicht abändere. Die Japaner seien sogar soweit gegangen, Amerika um eine Antwort innerhalb einer festen Zeit zu ersuchen. Roosevelt sei ferner ersucht worden, sich nicht in die Frage der japanischen Mandate und der japanischen Flottenmanöver einzumischen. Die bisherigen höflichen Antworten Amerikas auf japanische Vorstellungen in der Frage des amerikanischen Schiffsbauprogramms hätten Japan nicht befriedigt.

In Japan herrsche starke Verstimmung wegen der amerikanischen Bemerkungen zu den diesjährigen japanischen Flottenmanövern im Stillen Ozean, und es sei darauf hingewiesen worden, daß Japan nur dasselbe wie Amerika tue.

Die japanischen Flottenmanöver können schwerlich etwas anderes bedeuten als eine Probe für den Ernstfall in einem Konflikt mit den Vereinigten Staaten von Amerika, die den japanischen Wünschen auf Vorherrschaft im Pazifik nicht Rechnung tragen. Die Verträge von Washington und London werden zwar durch das amerikanische und auch das japanische Schiffbauprogramm eingehalten. Japan will jedoch die im Jahre 1935 ablaufenden Verträge nicht erneuern, wenn England und Amerika ihm nicht wesentliche Zugeständnisse machen. In politischer Hinsicht hat sich Japan durch den Austritt aus dem Völkerbund freie Hand gesichert. Offenbar hat es nun das Bestreben, zum Ausbau seiner noch nicht gesicherten Positionen seine Marinestreitkräfte so zu verstärken, daß es als der Herrscher des Pazifischen Ozeans angesprochen werden muß.

★

Flottenparade vor dem Mikado.

¶ **Tokio**, 25. August.

Eine gewaltige Flottenschau fand am Freitag als Abschluß der im Juni begonnenen großen japanischen Flottenmanöver auf der Höhe von Yokohamo statt. An der Küste drängten sich wohl eine Million Zuschauer. Der japanische Kaiser, an Bord des Schlachtkreuzers „Iiymi", besichtigte nahezu die gesamte japanische Flotte, nämlich 161 Kriegsschiffe mit einer Gesamttonnage von rund 850 000. Die Flottenparade erstreckte sich über ein Gebiet von mehr als 11½ km Länge und 4½ km Breite. Während der Flottenschau überflogen 180 Flugzeuge die Flotte.

★

Politisches 10 Jahres-Programm in Japan.

tu. **Tokio**, 25. August.

Die Bestrebungen maßgebender politischer Kreise, eine dauerhafte Grundlage für eine feste und unbeirrbar fortzuführende nationale Politik wenigstens für die kommenden zehn Jahre zu schaffen, haben am Donnerstag durch eine Unterredung des Präsidenten der Minseito, Wakasuki, mit dem Ministerpräsidnten Saito greifbare Formen erhalten. Der Unterredung war bereits am Mittwoch eine Zusammenkunft des Ministerpräsidenten mit dem Präsidenten Susuki, der anderen großen Partei Japans, Seiyukai, vorausgegangen. Diese Bestrebung erbrachte ein moralisches Uebereinkommen über die Notwendigkeit der Schaffung einer wahrhaft nationalen Politik. Der unmittelbare Zweck der Besprechungen war, daß die auf lange Sicht berechnete nationale japanische Politik durch keinerlei Kabinettsänderungen gestört werden dürfe, aus welchem Grunde man bestrebt ist, das derzeitige japanische Kabinett auf nationaler Grundlage derart umzubilden, daß die Führer der beiden Parteien diesem Kabinett als Minister ohne Portefeuille angehören sollen.

Keine Inflationspolitik in USA?

tu **Washington**, 25. August.

Präsident Roosevelt und Schatzsekretär Woodin erklärten nach langen Konferenzen in Hydepark, dem Sommersitz Roosevelts, daß die amerikanische Regierung zumindest augenblicklich keine Inflationspolitik zu treiben beabsichtige. Woodin hat sich in den Konferenzen über die amerikanische Wirtschaftslage optimistisch geäußert. Er erklärte übrigens, daß er nicht zurückzutreten beabsichtige.

Der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt.

TU **Berlin**, 25. August.

Auf Grund des § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 hat der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen durch eine im Reichsanzeiger veröffentlichte Bekanntmachung vom 23. August 1933 zunächst folgende im Ausland befindliche Reichsangehörigen der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt, weil sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben:

Dr. Alfred Apfel
Georg Bernhard
Dr. Rudolf Breitscheid
Eugen Eppstein
Alfred Falk
Lion Feuchtwanger
Dr. Friedrich Wilhelm Förster
Helmuth von Gerlach
Elfriede Gohlke gen. Ruth Fischer
Kurt Großmann
Albert Grzesinski
Emil Gumbel
Wilhelm Hansmann
Friedrich Heckert
Max Hölz
Dr. Alfred Kerr
Otto Lehmann-Rußbüllt
Heinrich Mann
Theodor Maslowski
Wilhelm Münzenberg
Heinz Werner Neumann
Wilhelm Pieck
Berthold Salomon gen. Jacob
Philipp Scheidemann
Leopold Schwarzschild
Max Sievert
Friedrich Stampfer
Ernst Toller
Dr. Kurt Tucholski
Bernhard Weiß
Robert Weißmann
Otto Wels
Dr. Johannes Werthauer.

Zugleich ist das Vermögen dieser Personen beschlagnahmt worden.

Die Hungersnot im Nordkaukasus.

In den Dörfern täglich 30 bis 40 Todesfälle.

CNB **London**, 25. August.

„Daily Telegraph" beginnt heute mit einer Artikelserie über die Hungersnot in Rußland. In diesen Artikeln, die nach Mitteilung des Blattes von einem „sachverständigen Beobachter" stammen sollen, gibt der Verfasser aus eigener Anschauung an Ort und Stelle ein erschütterndes Bild der Zustände in den Landwirtschaftsgebieten des Nordkaukasus. Bekanntlich ist den ausländischen Korrespondenten in Moskau in letzter Zeit verboten worden, ohne besondere Erlaubnis der Sowjetregierung die Stadt zu verlassen. Angesichts dieser Tatsache beanspruchen die Artikel des „Daily Telegraph" besonderes Interesse. Der bereits im Mai verfaßte Bericht des Beobachters war ursprünglich nur für dessen Vorgesetzten und nicht zur Veröffentlichung bestimmt. In dem Bericht heißt es:

Das Hauptproblem der nordkaukasischen Landwirtschaft ist die Hungersnot, die seit dem Spätherbst des Jahres 1932 so furchtbare Ausmaße genommen hatte, daß die Bevölkerung tatsächlich an Hunger stirbt.

In ganzen Bezirken schwindet die Bevölkerung rasch dahin, und die landwirtschaftliche Tätigkeit steht völlig still.

Der größte Teil der Kosaken des Kubangebietes wurde von der Sowjetregierung gewaltsam aus ihren Dörfern vertrieben und nach ukrainischen Gebieten übergeführt. Die Zahl der noch zurückgebliebenen Kosaken ist infolge der Hungersnot so zurückgegangen, daß große Kosakenniederlassungen im Kubangebiet fast unbewohnt sind. Die letzten Ueberlebenden werden vor Ende des Jahres durch die Hungersnot ausgetilgt sein. Vom politischen Standpunkt aus gesehen ist damit die Kosakengefahr beseitigt.

In den Städten Krasnodar und Stavropol will der Beobachter die „volle Bestätigung" dafür erhalten haben, daß in diesen Bezirken Fälle von Kannibalismus vorgekommen seien.

Der Korrespondent betont, daß die Hungersnot nicht so sehr die Folge der letztjährigen Mißernte sei, als vielmehr eine Folge der „Kampagne der staatlichen Getreideeintreiber, die ganz brutal vorgingen". Ein Gebiet im Nordkaukasus mache einen etwas günstigeren Eindruck „dank dem Bestehen der deutschen Konzession Drusak".

Der englische Gewährsmann macht dann statistische Angaben über den furchtbaren Rückgang der Bevölkerung in den einzelnen Bezirken infolge der Hungersnot. Er erklärte, mit eigenen Augen gesehen zu haben, daß früher blühende Dörfer jetzt völlig verlassen seien. Auch große Städte wiesen eine beträchtliche Abnahme der Bevölkerung auf.

In Krasnador seien bei einer Einwohnerzahl von 230 000 Köpfen 40 000 Hungers gestorben, in Stavropol seien von 140 000 Einwohnern 50 000 dem Hunger erlegen,

und die Stadt mache einen „leblosen Eindruck". In den Dörfern, die er — der Berichterstatter — besucht habe, habe die Zahl der Todesfälle zwischen 30 und 40 täglich geschwankt. Die Menschen, die noch am Leben seien, befanden sich im letzten Stadium der Schwäche infolge der Entbehrungen und des Genusses von Gras, Wurzeln, verkohlten Knochen, toten Pferden usw. Die Mehrheit der noch Ueberlebenden werde zweifellos mit dem herannahenden Herbstwetter an der Malaria sterben, und Typhus werde wahrscheinlich epidemisch werden. Die von der Hungersnot heimgesuchte Bevölkerung mache den Eindruck völliger Hoffnungslosigkeit. Die verlassenen Häuser in den Städten und Dörfern fielen zusammen. Man sehe kaum Hunde oder Katzen, da sie zum größten Teil von der hungernden Bevölkerung verzehrt worden seien.

Befinden des Bischofs Dr. Schreiber unverändert ernst.

CNB **Berlin**, 25. August.

Wie wir erfahren, ist das Befinden des Bischofs von Berlin, Dr. Schreiber, als unverändert ernst zu betrachten. Es hat sich seit gestern früh weder eine Wendung zur Verschlimmerung noch zur Besserung ergeben. Die Nacht zum Freitag hat der Patient im ruhigen Schlaf verbracht.

Ein neues Schreiben an Branting.

Heraus mit dem Entlastungsmaterial!

w **Leipzig**, 25. August.

Rechtsanwalt Dr. Paul Teichert-Leipzig hat an Rechtsanwalt Branting in Paris ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„In einem Schreiben vom 18. ds. Mts. an den Herrn Oberreichsanwalt wegen des die Reichstagsbrandstiftung betreffenden Prozesses konstatieren Sie, „daß die vom Gericht bestellten Verteidiger sich nicht an Sie gewandt haben". Diese Erklärung ist geeignet, die Oeffentlichkeit irre zu führen. Ich stelle demgegenüber fest:

1. Seit dem 29. Juli 1933 ist der gesamten Oeffentlichkeit, also auch Ihnen, bekannt, wer die vom Gericht bestellten Verteidiger sind. Der Verteidigung ist demgegenüber die Tatsache, daß Sie Mitglied einer im Auslande wirkenden Kommission zur Untersuchung des Reichstagsbrandes seien, erst am 17. August durch die Presse bekannt geworden. Warum haben Sie und die Kommission in der Zeit vom 29. Juli bis 17. August nicht den einzig gesetzmäßigen Weg zu der Ihnen bekannten Verteidigung gefunden?

2. Heute erfahre ich durch Veröffentlichung Ihres Briefes vom 18. August erstmalig, wer die Mitglieder dieser Kommission sind. Danach gehört u. a. auch Herr Rechtsanwalt Arthur Garfield Hays dieser Kommission an. Herr Rechtsanwalt Hays hat mich am 7. August aufgesucht, um mit mir über die Verteidigung zu sprechen, mir aber verschwiegen, daß eine solche Kommission bestehe und daß er dieser angehöre. Warum ist mir dies verschwiegen worden?

3. Schon am 7. August, als ich von der Kommission nichts wußte, habe ich Herrn Rechtsanwalt Hays gebeten, mir, wenn er Material besitze oder verschaffen könne, das zu Gunsten der von mir vertretenen bulgarischen Angeklagten spreche, dieses Material zur Verwendung im Prozeß zukommen zu lassen. Herr Hays hat mir — obwohl er doch Mitglied dieser Kommission war — erklärt, er besitze kein solches Material.

4. Am 21. August habe ich Herrn Hays erneut um Ueberlassung dieses Materials und Weitergabe meines Schreibens an die mir im übrigen unbekannte Kommission ersucht.

5. Am 15. August habe ich sowohl den in Paris lebenden bulgarischen Rechtsanwalt Detscheff, als auch den amerikanischen Rechtsanwalt Levinsohn bei ihren Besuchen in Leipzig gebeten, mir etwa im Auslande vorhandenes Material zugänglich zu machen.

Ich würde mich freuen und wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie veranlassen könnten, daß das der Kommission vorliegende Material nunmehr mit möglichster Beschleunigung und Vollständigkeit mir übermittelt wird, um so alle Möglichkeiten der Verteidigung auszuschöpfen.

Erfolgreiche Polizeiaktionen gegen Marxisten.

40 Personen in Berliner Verwaltungsstellen verhaftet.

w **Berlin**, 25. August.

Auf Ersuchen des Staatskommissars in der Hauptstadt Berlin, Dr. Lippert, wurde heute vormittag unter der Führung des Leiters der Geheimen Staatspolizei, Ministerialrat Diels, eine umfangreiche polizeiliche Aktion gegen prapagandistische Umtriebe der Kommunisten durchgeführt. Um 10 Uhr riegelten ungefähr 1500 SA-Männer, ein großer Stab von Kriminalbeamten und ein Zug der Bereitschaft Wecke alle Verwaltungsstellen der Bezirksämter Neukölln, Wedding, Prenzlauer Berg und Lichtenberg ab, hauptsächlich die Wohlfahrtsämter und die Steuerkassen. Die Beamten nahmen eine genaue Durchsuchung der Schalter vor, und das Publikum mußte sich vor Verlassen der Räume eingehend ausweisen. Die polizeilichen Maßnahmen wurden deshalb durchgeführt, weil der dringende Verdacht bestand, daß bei dem starken Publikumsverkehr in den städtischen Verwaltungsstellen die Kommunisten immer noch eine rege Propaganda versuchen. Die Aktion hatte Erfolg. Es ist gelungen, umfangreiche illegale Zersetzungsschriften — insgesamt über zwei Zentner — sicherzustellen. 40 Personen sind verhaftet worden, von denen 15 ins Konzentrationslager überführt wurden. Unter ihnen befindet sich ein Stadtassistent, bei dem man kommunistisches Material beschlagnahmt hat. Einige Beamte und Angestellte befanden sich unbefugterweise im Besitze von Amtswalter- und Parteiabzeichen.

Bei einer Durchsuchung der Wohnung des ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten Karl Hildenbrand in Steglitz wurden etwa 2 Zentner illegaler Druckschriften gefunden und beschlagnahmt. Hildenbrand ist festgenommen worden und wurde dem Geheimen Staatspolizeiamt übergeben.

★

Kommunistische Bibliothek abgefangen.

÷ **Berlin**, 24. August.

Durch die Aufmerksamkeit eines Transportarbeiters gelang es den Beamten des Geheimen Staatspolizeiamtes, Donnerstag morgen auf der Schloßbrücke einen großen Transport kommunistischen Schriftenmaterials abzufangen. Es handelt sich um 20 Kisten im Gewicht von 35 bis 40 Zentnern, die nach dem Ausland transportiert werden sollten. Der Inhalt bestand aus einer großen Menge kommunistischen Schriftenmaterials und marxistischer Literatur. Es handelt sich wohl um die wertvollste und vollständigste marxistische Bibliothek, die in der letzten Zeit gefaßt werden konnte. Der Besitzer der Kisten konnte noch nicht festgestellt werden.

★

Fünf Maschinengewehre ausgegraben

WTB **Putlitz** (Westprignitz), 25. August.

Im Verlauf der Untersuchung einer großen Waffendiebstahlsangelegenheit, die Beamte der Geheimen Staatspolizei in Putlitz durchführten, stieß man in einem benachbarten Dorf auf ein Waffenlager. Tief vergraben im Erdboden fand man fünf Maschinengewehre, zahlreiche Gewehre und Handgranaten sowie dazugehörige Munition. Wie die Feststellungen ergaben, ist das unterirdische Waffenarsenal vor längerer Zeit von Marxisten angelegt worden. Die Waffen, die aus einem großen Diebstahl stammten, waren zum Teil durch das Eindringen von Feuchtigkeit schon verrostet.

★

150 Handfeuerwaffen in Breslau gefunden.

TU **Breslau**, 24. August.

Die Geheime Staatspolizei Breslau nahm am Mittwoch eine Durchsuchung von etwa 100 Wohnungen nach Waffen vor. Die nationalsozialistische „Schlesische Tageszeitung" erfährt, daß hierbei 150 Handfeuerwaffen beschlagnahmt wurden. Im allgemeinen wurden die vorhandenen Waffen usw. freiwillig herausgegeben, nur in wenigen Fällen war eine Durchsuchung notwendig. Die unbefugten Waffenbesitzer und die Besitzer marxistischen Materials sehen einer langjährigen Schutzhaft entgegen.

★

Auflösung einer illegalen Organisation der SAP.

WTB **Dresden**, 25. August.

Nach eingehenden Ermittelungen der Polizei, die durch SA unterstützt wurde, ist es gelungen, die Funktionäre und Mitglieder der Ortsgruppe Dresden der SAP sowie die Verbreiter der von ihr herausgegebenen Druckschrift zu ermitteln. 95 Personen sind festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt worden. Die Nachforschungen haben auch zur Aufdeckung von Ortsgruppen der SAP in der Umgebung von Dresden geführt, deren weitere Tätigkeit ebenfalls unterbunden worden ist.

Verbotenes Sammeln bei Spendern der Adolf-Hitler-Spende.

WTB **München**, 25. Aug.

Der „Völkische Beobachter" bringt eine Veröffentlichung des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß, in der allen Angehörigen, Dienststellen und Einrichtungen der NSDAP das Sammeln von Geldbeträgen bei solchen Unternehmungen und Verbänden der Wirtschaft verboten wird, die sich an der Adolf-Hitler-Spende beteiligen. Die Bekanntgabe erhält mehrere Weisungen für die Zeichner der Spenden.

Sitzung des Verwaltungsrates der „Reichsautobahnen".

◆ **Berlin**, 25. August.

Der Verwaltungsrat des neugebildeten Unternehmens „Reichsautobahnen" trat heute erstmalig förmlich zusammen. Der Präsident des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. von Siemens, überdab den Vorsitz des Verwaltungsrates der „Reichsautobahnen" dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn Dr. Dorpmüller. Außer Dr. Dorpmüller gehören dem Verwaltungsrat an: August Goetz, Direktor der Otavi-Minen-Gesellschaft; Major Hühnlein, Führer des NSKK; Staatssekretär Körner; Hermann Münchmeyer-Hamburg; Oberbürgermeister Renninger-Mannheim und Landrat a. D. Freiherr von Wilmowsky.

Zum Vorstand des Unternehmens „Reichsautobahnen" wurden bestellt als Vorsitzender Dr. Dorpmüller und als weitere Vorstandsmitglieder Reichsbahndirektor Rudolphi und der Leiter der Hafraba-Gesellschaft Hof. An die Wahl des Vorstandes schloß sich eine allgemeine Aussprache über das künftige Arbeitsprogramm und ein Bericht des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen Dr. Todt. Dr. Dorpmüller begrüßte die Mitwirkung des Generalinspektors Dr. Todt. Er teilte u. a. mit, daß die Reichsbahn auch in Zukunft der Gesellschaft Reichsautobahnen die nötigen technischen Hilfsmittel zur Verfügung stellen werde. Bereits einen Tag nach dem Erlaß des Gesetzes vom 24. Juni wurde eine besondere Oberleitung für den Bau der ersten Kraftfahrbahn Hamburg—Frankfurt—Heidelberg eingerichtet. Neuerdings sind in Frankfurt, Mannheim und Darmstadt drei besondere Neubauämter errichtet worden, die von heute ab eigene Geschäftsstellen der Gesellschaft Reichsautobahnen sind. Es wird jetzt dafür gesorgt, daß noch Fachmänner des Straßenbaues und Hilfskräfte mit sachlicher Vorbildung in die Geschäftsstellen hineingenommen werden. Der Direktion Reichsautobahnen in Berlin wurden die nötigen Hilfskräfte an die Hand gegeben.

Die Neuorganisation der Milchwirtschaft.

◇ **Berlin**, 25. August.

Wie das VDZ-Büro meldet, hat der Reichskommissar für die Milchwirtschaft eine Anordnung erlassen, in der es heißt, daß jeder deutsche Milchhändler in Zukunft bei dem für seinen Bezirk zuständigen Milchversorgungsverband zwangsorganisiert wird. Die neugeschaffenen Milchhändlerverbände bilden in den vom Reichskommissariat abgegrenzten Verbandsgebiet die dritte Säule der Milchwirtschaft. Die Führer der Milchhändlerverbände in den Provinzen und die Führung des neu zu bildenden Reichsverbandes werden vom Reichskommissar bestellt. Der Reichskommissar verlangt deshalb, daß die im Amt befindlichen Führer der deutschen Milchwirtschaft sich jetzt jeder organisatorischen Tätigkeit enthalten.

Ueber die Milchpreisspanne wird in der Anordnung ausgeführt, es werde in letzter Zeit wiederholt von Milchhändlern versucht, die ordnungsmäßige und gesetzliche Festlegung der Handelsspanne für Milch durch die Bildung von Milchhändler-Genossenschaften zu umgehen. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß auf diese bei der Festsetzung der Milchhandelsspanne keine Rücksicht genommen wird. Aufgabe des Milchhandels sei es, die von den Molkereien und Milcherzeugern eingelieferte Milch ohne verteuernden Zwischenhandel an den Verbraucher abzugeben. Die Milch sei kein Handelsobjekt, sondern ein Volksnahrungsmittel.

Schließlich wird noch betont, daß die Milchversorgungsverbände in Zukunft die Organisation der Milchwirtschaft so vornehmen, daß die Errichtung von Milchbearbeitungsbetrieben durch den Milchhandel überflüssig wird. Es wird daher davor gewarnt, sich Milchbearbeitungsbetriebe oder städtische Molkereien zuzulegen, da diese Betriebe die Erlaubnis zur Bearbeitung von Milch nicht bekommen werden.

Einführung eines Arbeitspasses zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.

CNB **Berlin**, 25. August.

Auf einer großen Kundgebung der Belegschaft und Führung der DVG im Sportpalast machte Staatskommissar Engel Mitteilung von einer neuen Maßnahme gegen die Schwarzarbeit. Es soll ein Arbeitspaß für bestimmte Branchen eingeführt werden, und zwar zunächst für die Bauindustrie, dann für das Transportgewerbe einschließlich der Großgaragen, die Heimindustrie und vornehmlich auch für das Gastwirtsgewerbe. Jeder, der in einem solchen Betriebe arbeitet, muß einen Arbeitspaß haben und immer bei sich führen, und der Arbeitgeber, der jemand ohne solchen Paß beschäftigt, wird unter Druck genommen.

„Stunde der SA".

tu **Berlin**, 25. August.

Der Deutschlandsender teilt mit: In vollem Einvernehmen zwischen Oberster SA-Führung, Reichssendeleitung und Deutschlandsender ist nunmehr die „Stunde der SA" endgültig festgelegt worden. Vorerst findet sie in jeder zweiten Woche am Freitag abend im Anschluß an die Stunde der Nation statt und wird voraussichtlich von allen deutschen Sendern übertragen. Sie wird in dem, was sie bringt, eine Herausstellung des kämpferischen deutschen Mannes und heldischen Gedankens sein. In der ersten „Stunde der SA" am Freitag, dem 1. September, wird der Organisator der braunen Armee, Stabschef Röhm, kurz das Wort nehmen.

„Nur starke Völker . . ."

Eine Rede Mussolinis.

TU **Mailand**, 25. August.

Mussolini, der am Donnerstag nachmittag in Cuneo erschien, hielt am Abend vor einer nach Tausenden zählenden begeisterten Menge eine Ansprache. Er wolle, so sagte er u. a., von Cuneo aus am Fuße jenes alten Gebietes, das niemals und an keiner Stelle je von feindlichen Heeren oder fremdem Volke verletzt werden dürfe, dem ganzen italienischen Volke sagen, daß die 600 Jahre menschlicher Geschichte deutlich die Notwendigkeit bewiesen, stark zu sein. Nur starke Völker hätten Freunde nah und fern in Friedenszeiten. Im Kriege seien sie gefürchtet. Schwache Völker ständen im Frieden allein. Sie würden von allen vernachlässigt. Im Kriege liefen sie höchste Gefahr, umgebracht zu werden. Stark müsse ein Volk vor allem sein der Zahl nach. Wenn die Wiegen leer stünden, würden die Nationen alt. Sie zerfielen. Stark müsse ein Volk ferner sein in seinem Mute. Nicht rückwärts dürfe es gehen, wenn eine Entscheidung gefallen sei, sondern immer nur vorwärts. Stark müsse es endlich sein in seinem Charakter. Das Gleichgewicht dürfe es nicht verlieren, weder wenn die Nation von der Sonne des Ruhms überstrahlt, noch wenn sie von unverdienten Schicksalsschlägen erschüttert werde. Er, Mussolini, dürfe so reden, da niemand dem italienischen Volke und seiner Regierung den ernsten Friedenswillen bestreiten könne, für den man Beweise genug gegeben habe. 14 Jahre harten Kampfes hätten so dem italienischen Volke eine menschliche Gemeinschaft erstehen lassen: Geschlossen, einheitlich und einig. Kein Element könne ihr auch nur noch das Geringste anhaben. Das faschistische Italien stehe dem 20. Jahrhundert gegenüber als einzige Nation, die Worte und Lehre der Rettung und des Lebens an alle Völker der Erde gegeben habe.

Sieben Alpinisten am Mont Blanc verunglückt.

w **Chamonix**, 25. August.

Sieben italienische Touristen sind bei dem Versuch, von der italienischen Seite her den Mont Blanc zu besteigen, in ein schweres Unwetter gekommen. Nach dreitägigem Umherirren mußten fünf Teilnehmer in völlig erschöpftem Zustande von ihren Kameraden zurückgelassen werden. Von diesen Fünf muß man annehmen, daß sie ums Leben gekommen sind. Aber auch die beiden Alpinisten, die zunächst noch soviel Kraft besaßen, daß sie von der nächstgelegenen Schutzhütte Vallot Proviant und Seile herbeiholen konnten, um ihre völlig erschöpften Kameraden zu retten, sind auf dem Rückwege vor Schwäche und Kälte umgekommen. Ihre Leichen wurden von einer aus 21 Mann bestehenden Rettungskolonne zuerst gefunden. Die Rettungskolonne hat nach Bergung der beiden Leichen die Suche nach den fünf anderen Verunglückten fortgesetzt. Da der Unfall sich auf der italienischen Seite, und zwar in einer Höhe von ca. 4600 m ereignete, fehlen in Chamonix weitere Einzelheiten.

Der Lastkahn-Sperrgürtel auf der Oise beseitigt.

WTB **Paris**, 25. August.

Ein gewaltiges Aufgebot von Feuerwehr, Polizei und Marinetruppen war heute an der Oise bei Confluens versammelt, um den Sperrgürtel zu sprengen, den die streikenden Fluß- und Kanalschiffer an dieser Stelle durch Zusammenkoppelung ihrer Lastkähne gebildet hatten. Die bereitgehaltene Wasserspritze brauchte nicht in Tätigkeit zu treten, weil die Aufforderung des Präfekten, Raum zu schaffen, genügte.

Der Schreckenszug des amerikanischen Orkans.

TU **Newyork**, 25. August.

Der Orkan, der über Newyork tobte, ist nach Norden weitergezogen. Sein Zentrum liegt zurzeit über dem Ontariosee. Insgesamt 50 Tote sind zu beklagen. Unübersehbar aber ist der Sachschaden. Von Virgina bis zur kanadischen Grenze ist die Ernte zerstört. Ueberall findet man überschwemmte Stadtviertel, fortgespülte Dämme, zerstörte Eisenbahnbrücken, umgestürzte Autos. Die Landstraßen sind von entwurzelten Bäumen übersät. Hunderte kleinerer Küsten- und Fischerboote sind in den Häfen gekentert. Seit Jahren konnten die Newyorker Lotsen zum ersten Mal wegen der groben See die ankommenden Dampfer nicht am Ambrose-Leuchtturm besetzen. Die Schiffe mußten daher vor Anker gehen.

1500 Kraftfahrzeuge auf der Fahrt nach Ostpreußen.

Die Ostland-Treuefahrt.

tu **Berlin**, 25. August.

Die Ostland-Treuefahrt nach dem vom Reich abgetrennten Ostpreußen weist eine Beteiligung auf, wie sie von keiner Seite erwartet wurde. 1045 Kraftwagen und 483 Motorräder, im ganzen 1528 Kraftfahrzeuge mit über 5000 Insassen aus allen Teilen Deutschlands, sind nach dem Osten unterwegs. Im einzelnen halten sich mit rund je 550 Meldungen die Motor-SA und der NSKK mit dem ADAC die Wage. Es folgen dann der AVD (83), DMW (22), Reichswehr und Polizei je 21, DTC 20, NDA 18 und Stahlhelm (17).

Auch die Reichsmarine beteiligt sich mit drei Sendbotenmannschaften (zwei Kraftrad-, eine Personenkraftwagenstaffel) unter Führung des Kapitäleutnants Born an der Ostlandtreuefahrt. Sie überbringen die Huldigungsadressen der Marinestationen der Ost- und Nordsee. Die Abordnungen der Marine fahren mit denen des Reichsheeres gemeinsam über See nach Pillau, nehmen an der Feier am Tannenbergdenkmal teil, und beteiligen sich ebenfalls an der Rundfahrt über die anderen ostpreußischen Schlachtfelder.

Reichswehrminister General von Blomberg begibt sich am Sonnabend, dem 26. August, früh im Flugzeug nach Neudeck, wo er an einem Abendessen beim Reichspräsidenten teilnimmt. Am 27. 8. wird General von Blomberg in Begleitung des Reichspräsidenten an der Kundgebung am Tannenbergdenkmal teilnehmen. Auch der Chef der Heeresleitung, General Freiherr von Hammerstein und der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. h. c. Raeder, werden den Reichspräsidenten zu dieser Kundgebung begleiten. Sofort nach Beendigung der Tannenbergkundgebung begibt sich der Reichswehrminister im Flugzeug zur Kundgebung der Saarvereine am Niederwalddenkmal.

★

Am Abend des ersten Tages.

CNB **Königsberg**, 25. August.

Am ersten Tage der Ostland-Treuefahrt waren die Landstraßen von Berlin zur Korridorgrenze bereits am frühen Morgen von Hunderten von Fahrzeugen belebt, die alle das gelbe Kennzeichen der Ostlandtreuefahrt trugen. Morgens brach vom Berliner Rathaus die Sendbotenmannschaft der Stadt Berlin auf, zur gleichen Zeit startete vom Propagandaministerium aus der Leiter der Fahrt Staatssekretär Funk, der auch die Fahrt in die Wege geleitet hat. Staatssekretär Funk ist Ostpreuße, stammt aus Trakehnen und hat die Ostland-Treuefahrt propagiert, um seiner ostpreußischen Heimat den Dank Deutschlands für ihre wegweisende Arbeit in den letzten Wochen abzustatten. Am frühen Abend hatten bereits mehr als 300 Fahrzeuge die Kontrollstelle Rieseschwanz bei Dirschau passiert. Die Fahrt durch den Korridor verlief ebenfalls reibungslos; nur in Dirschau wurden einige Wagen von halbwüchsigen Jungen mit Stöcken beworfen.

Königsberg glich schon am Freitag abend einem Heerlager. Ganze Kraftwagenburgen waren in den Straßen angefahren. Der Samstag wird über 1000 Wagen nach Ostpreußen bringen, und am Sonntag wird dann am Tannenberg-Denkmal die denkwürdige Huldigung von Ostpreußen stattfinden, wobei die Sendbotenmannschaften aus dem Reich dem Oberpräsidenten Koch, dessen Tatwillen und Wagemut die Befreiung Ostpreußens von der Arbeitslosigkeit zu danken ist, die Botschaften überreichen, in denen das Reich Ostpreußen huldigt und dankt.

★

Ostpreußenfahrt des Ministerpräsidenten Göring.

× **Marienburg**, 25. August.

Ministerpräsident Göring hat sich heute vormittag im Flugzeug zu einem offiziellen Besuch der Provinz Ostpreußen und des Reichspräsidenten nach Marienburg begeben. Um 14,35 Uhr erschien das dreimotorige Flugzeug D 2527 über der Stadt und landete glatt auf dem alten Flugplatz im Stadtpark. Ein Leichtflugzeug flog zum Flugplatz Königsdorf und benachrichtigte Ministerpräsident Göring, daß die Aufstellung der Ehrengäste und der SA auf dem neuen Flugplatz erfolgt sei, worauf er im Auto dorthin fuhr. Auf dem Flugplatz hatten sich eingefunden: Staatssekretär Meißner, Oberpräsident Koch, Regierungspräsident Budding, Oberst Lieber, der Festungskommandant von Marienburg, Graf von der Gröben, Graf von der Schulenburg, höhere SA- und SS-Führer sowie Vertreter der Behörden. Der Ministerpräsident schritt die Front der Schutzpolizei, der SA und SS ab und begab sich dann im Kraftwagen durch die Stadt zum Schloß, freudig begrüßt von den zahlreichen Vereinen, Innungen und Schulen, die auf dem Wege Spalier bildeten.

Am Schloß wurde Ministerpräsident Göring von Oberst von Hindenburg empfangen und begrüßt. Nach der Vorstellung der Behördenvertreter im Remter des Schlosses fand eine Führung durch die Marienburg statt. Ein Frühstück in den Gastkammern folgte, wobei Oberpräsident Koch den Ministerpräsidenten begrüßte und Göring für den Empfang dankte.

Vom Schloß begab sich Ministerpräsident Göring mit den Behördenvertretern zum Marktplatz, wo er vor dem alten Rathaus von einer vieltausendköpfigen Menschenmenge stürmisch begrüßt wurde. Oberbürgermeister Ebert überreichte dem Ministerpräsidenten die Ehrenbürgerurkunde und brachte nach einer Ansprache ein dreimaliges Sieg-Heil auf Göring aus. Der Ministerpräsident betonte in seiner Antwort, daß es keine leere Phrase sei, wenn er verspreche, daß ihm das Wohl der alten historischen Stadt Marienburg sehr am Herzen liege und daß er für sie alles tun werde, was in seinen Kräften stehe.

Ministerpräsident Göring nahm darauf einen Vorbeimarsch der Schutzpolizei, der SA und SS ab und bestieg mit Staatssekretär Meißner und Oberst von Hindenburg den Kraftwagen, um sich über Stuhm und Marienwerder nach Neudeck zu begeben. In Stuhm überreichte der Bürgermeister dem Ministerpräsidenten den Ehrenbürgerbrief der Stadt.

Aus Westdeutschland.

Einem Schwarzfahrer das Handwerk gelegt.

pn **Hohenlimburg**, 25. August.

Der Erdarbeiter Emil B. aus Hohenlimburg besaß ein Motorrad 500 ccbcm,, das Steuer- und führerscheinpflichtig war. Um die Steuer nicht zahlen zu brauchen, machte er sich einer schweren Urkundenfälschung schuldig, indem er den Polizeistempel auf dem Nummerschild selbst anfertigte und so einen echten Stempel vortäuschte. Trotzdem er keinen Führerschein besaß und das Motorrad von der Polizei nicht zugelassen worden war, sauste er mit dem Rade in die Gegend herum, bis ihn die Polizei erwischte. Wegen seiner Straftaten stand er in Hagen vor dem Schöffengericht und man hörte, daß der Angeklagte stark im Verdacht steht, als Nachrichtler der kommunistischen Partei tätig gewesen zu sein, was er jedoch bestritt. Jedenfalls war ihm in dieser Beziehung nichts nachzuweisen. Dadurch, daß er schwarz fuhr, hatte er sich auch der Steuerhinterziehung schuldig gemacht. Neben einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten, die ihm das Gericht zudiktierte, wurde auch noch das Motorrad und das Nummerschild eingezogen.

Wasserkessel einer Lokomotive explodiert.

pn **Hohenlimburg**, 25. August.

Der fahrplanmäßig 19,10 Uhr hier einlaufende Personenzug von Frankfurt war auf der Station gerade abgefertigt und sollte wieder auslaufen, als gerade in dem Augenblick, als die Lokomotive sich in Bewegung setzen wollte, mit lautem Knall ein kleiner Wasserkessel an der Lokomotive explodierte. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Die Maschine wurde abgekoppelt und der Zug durch eine Reservemaschine mit fast dreiviertelstündiger Verspätung nach Hagen gefahren. Man kann von Glück sagen, daß die Explosion erfolgte, als der Zug sich noch nicht in Bewegung gesetzt hatte. Wäre das Unglück auf freier Strecke bei voller Fahrt passiert, wären die Folgen wahrscheinlich groß gewesen.

Ein Flugplatz für Iserlohn.

pn **Iserlohn**, 25. August.

Die Landesflugpolizei beim Oberpräsidium Münster hat das nach den Vorschriften geforderte Gutachten über den geplanten Iserlohner Flugplatz fertiggestellt. Es kommt in seinem zusammenfassenden Ergebnis zu der Feststellung, daß der vorgesehene Platz in Dröschede für alle Motorverkehrsflugzeuge, Sportflugzeuge und für die Segelfliegerei freigegeben wird. Das bedeutet die Genehmigung des Flugfeldes und seine Inangriffnahme und Verwendung für die vorstehend angegebenen Flugzeuggattungen. Die Stadtverwaltung wird nun die weitere Frage hinsichtlich der Bereitstellung von Arbeitskräften zu lösen haben.

Das Großfeuer in dem Pionierschuppen.

wp **Minden**, 25. August.

Der Standortälteste Minden gibt soeben im Einvernehmen mit dem zuständigen Dezernenten der Staatsanwaltschaft zu dem Großfeuer bei den Mindener Pionieren einen amtlichen Bericht heraus, der u. a. besagt, daß die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind. Ein aus Hannover stammender Sachverständiger sei bereits eingetroffen, um eine genaue Besichtigung der Brandstelle vorzunehmen. Es seien dabei wichtige Feststellungen gemacht worden, die jedoch zur Zeit noch nicht bekannt gegeben werden dürften, um die weiteren Ermittlungen nicht zu gefährden. Entgegen anderslautenden Meldungen sei zu sagen, daß bisher noch niemand verhaftet worden sei.

Fünf Personen an Pilzvergiftung erkrankt.

WTB **Essen**, 25. August.

In der Nacht zum Donnerstag starben im Marienhospital in Altenessen der 69 Jahre alte Berginvalide Franz Vaneck und der achtjährige Schüler Herbert Wenzel an Pilzvergiftung. Familienangehörige, die mit den Verstorbenen in Kettwig zu Besuch weilten, hatten im Stadtwald Pilze gesucht, die sie zubereiteten und aßen. Bei fünf Personen stellten sich im Laufe des Tages Vergiftungserscheinungen ein, sodaß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten, wo die beiden Genannten verstarben. Bei den übrigen besteht zurzeit keine Lebensgefahr.

Generalintendant Spring-Köln nach Sofia berufen.

CNB **Köln**, 25. August.

Wie verlautet, hat Generalintendant Spring-Köln eine Einladung erhalten, die Leitung der Erstaufführung von Richard Wagners „Lohengrin" zu übernehmen. Wenn es die Verhältnisse in Köln ihm erlauben, will Generalintendant Spring den ehrenvollen Auftrag übernehmen.

Eine Stenotypistin erhält lebenslängliche Rente.

:: **Köln**, 23. August.

Das Kölner Arbeitsgericht hat einer 48 Jahre alten Stenotypistin die Auszahlung einer lebenslänglichen Rente durch ihren früheren Arbeitgeber zugestanden. Die Stenotypistin hatte 18 Jahre in einem Zimmer arbeiten müssen, in dem sie ständig in Zugluft saß, weil die Fenster dieses Arbeitsraumes die Lüftung der anderen Arbeitsräume mitbesorgen mußten. Die wiederholten Beschwerden der Stenotypistin bei ihrem Arbeitgeber hatten keinen Erfolg, und es ist selbstverständlich, daß sie bei der ungünstigen Arbeitsmarktlage in den letzten Jahren ihre Stellung nicht wechselte. Durch die Zugluft erkrankte die Stenotypistin an einer schweren Mittelohrentzündung, die außerordentliche Komplikationen mit sich brachte und schließlich dazu führte, daß die Stenotypistin auf beiden Ohren das Gehör verlor. Die Aussagen der Zeugen und der ärztlichen Sachverständigen ergaben einwandfrei, daß an der gesundheitlichen Schädigung der Stenotypistin lediglich die Zugluft ihres Arbeitszimmers schuld war, sodaß das Gericht den Arbeitgeber bezw. die Firma zur Zahlung einer lebenslänglichen Rente verurteilte, die so zu erfolgen hat, daß die Stenotypistin 160 RM. monatlich erhält.

Die Beisetzung Joseph von Lauffs.

TU **Köln**, 25. August.

Der am Montag auf seinem Landsitz Haus Kreis an der Mosel verstorbene 77jährige Dichter Joseph von Lauff wurde am Freitag nach einer kurzen Trauerfeier in seinem Haus nach Köln übergeführt, wo auf dem Friedhof Melaten die vorläufige Beisetzung in der Gruft der Kölner Familie Hospelt, der Frau von Lauff entstammt, erfolgte. Die Leiche war in der Friedhofskapelle aufgebahrt. Am Sarge hielten Stahlhelmer die Ehrenwache. Auf dem Sarg lag ein prachtvoller Kranz Kaiser Wilhelms II. Das Grab selbst umgaben Kranzspenden in ungeheurer Fülle. Unter den Trauergästen sah man neben Familienangehörigen zahlreiche Vertreter hoher Behörden, des deutschen Schrifttums, des Offizierkorps der alten Armee und Freunde des toten Dichters. Der Geistliche entwarf am Grabe ein lebensvolles Bild von dem reichen Wirken des Verstorbenen. Nach der letzten Einsegnung widmete der Vertreter Wilhelms II., Generalarzt Dr. Green, dem Dichter herzliche Worte des Abschieds. Dann sprach Rudolf Hertzog mit großer Bewegung dem dahingeschiedenen Dichterfreunde ein letztes Gedenken, worauf zahlreiche weitere Nachrufe folgten. Mit dem Lied vom guten Kameraden und dem letzten Halali, das ein Stabstrompeter der Husaren über das Grab blies, schloß die ergreifende Trauerfeier.

Der Jüngling im Kamin.

◆ **Mainz**, 25. August.

Eine nicht alltägliche Begebenheit versetzte die Anwohnerschaft der Augustinerstraße in Mainz in Angst und Schrecken. Vom Dach eines Hauses erschollen plötzlich gellende Hilferufe. Als man hinzueilte, teilte ein auf dem Dache sitzender Knabe mit, daß sein 15jähriger Freund in den Kamin gefallen sei. Man glaubte zuerst an einen üblen Scherz, wurde aber bald eines Besseren belehrt, als man den Jungen im Keller, zwischen dem Mauerwerk eingepfercht, fand. Da man ihn nicht befreien konnte, mußte ein Maurer herbeigeholt werden, dem es nach der Entfernung einiger Steine gelang, den leichtsinnigen Burschen aus seiner gefährlichen Lage zu befreien.

★

+ **Herne**, 25. Aug. **In der Jauchegrube den Tod gefunden.** Donnerstag gegen 18,40 Uhr stürzte das 15 Monate alte Kind Erna S. in eine neben ihrem Hause in der Horsthauserstraße befindliche Jauchegrube. Obwohl das Kind sofort herausgeholt und dem Krankenhaus zugeführt wurde, konnte bei der Ankunft nur noch der bereits eingetretene Tod festgestellt werden.

Vom Deutschlandflug.

Ergebnis der Geschwindigkeitsprüfung.

Berlin, 25. August.

Das Ergebnis der Höchstgeschwindigkeitsprüfung, die am Donnerstagvormittag von Staaken aus erflogen wurde, ist wegen der schlechten Witterung und der damit verbundenen Schwierigkeiten bei der Orientierung nicht besonders günstig. Geschwindigkeiten von über 200 km haben erreicht: Pilot Eujen auf der schnellen Darmstädter D 22, der eine Höchstgeschwindigkeit von 228 km je Stunde erreichte. Trotzdem kam er nicht ganz an die Sollgeschwindigkeit der Maschine heran und konnte nur 54 Punkte erringen, während die Höchstpunktzahl 100 beträgt. Der bekannte Europaflieger Seidemann erreichte mit seiner Heinkel eine Geschwindigkeit von 225 km und bekam dafür 88 Gutpunkte. Siebel, der alte Berliner Sportflieger, erreichte mit seiner Klemm 206 km je Stunde, wodurch er sich 70 Gutpunkte sicherte. Die volle Punktzahl von 100 erreichten die Piloten Schade, Zinner, Dietrich und Kopp. Der Flieger Hoffmann flog die Geschwindigkeitsprüfung nicht mit, da sein Motor am Start streikte. Er wird dadurch aus dem Wettbewerb ausscheiden.

Die Klasseneinteilung, die aus dem Ergebnis der Geschwindigkeitsprüfung entnommen wird, ergibt 13 Maschinen in der kleinen Klasse A, 99 Maschinen in der mittleren B-Klasse und 13 Maschinen in der Klasse der schnellen Maschinen mit Geschwindigkeiten über 180 km je Stunde.

Wieder in Berlin.

Berlin, 25. August.

Als erster der Deutschland-Flieger traf auf dem Berliner Zentralflughafen nach Zurücklegung der Tagesstrecke erwartungsgemäß der Schnellflieger, Reichswehroberleutnant Seidemann ein. Er überflog das Zielband um 13,53 Uhr, hatte also für die ganze etwa 1350 km lange Strecke einschließlich der Zwischenlandungen und einer Außenlandung 7 Stunden 53 Minuten gebraucht. Die Leistung Seidemanns ist als ganz hervorragend zu bezeichnen und stellt nicht nur ihm, sondern auch seiner Maschine, dem schnellen Heinckel-Flugzeug, das allerbeste Zeugnis aus. Mit der Ankunft Seidemanns als weitaus Erster ist allerdings nicht gesagt, daß er nun im Wettbewerb vorne liegt, da die Placierung im Wettbewerb nach Punkten gerechnet wird, die sich aus dem Verhältnis der Reisegeschwindigkeit zur Höchstgeschwindigkeit ergeben.

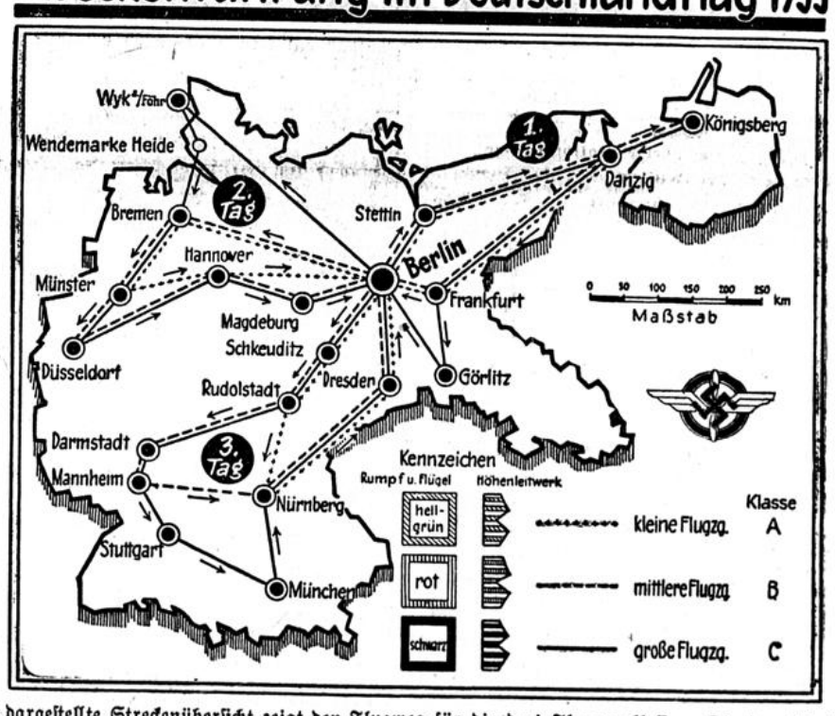
Als nächster hinter Seidemann liegt der Wilhelmshavener Flieger Lauw. Als Dritter passierte die Ziellinie auf dem Flughafen Tempelhof der Werkflieger der Heinckel-Werke Warnemünde, Jung.

Ausfälle gab es bisher fünf, darunter Wolf Hirth und Fieseler. Wolf Hirth machte in der Nähe von Königsberg auf dem Seekanal eine Notlandung. Er hatte Defekt am Motorbock. Fieseler hatte Schaden an seinem Benzintank, der sich nicht so schnell reparieren ließ, daß er im Rennen bleiben konnte. Dann schied wegen einer Notlandung in Polen der Pilot Reinmann-Bonn aus, ferner der Flieger Heinze, der wegen Kurbelgehäusebruchs auf der Strecke blieb und schließlich der Flieger Schlaffke-Köln, dessen Maschine restlos zertrümmert wurde. Die Mannschaft blieb aber unverletzt.

Bis 19 Uhr waren 45 Teilnehmer am Deutschlandflug in Tempelhof eingetroffen, unter ihnen Poß, von Dungern, Ministerialrat Christiansen, Osterkamp und der Segelflieger Martens.

Bis um 20 Uhr waren auf dem Flughafen in Berlin-Tempelhof 97 Teilnehmer gelandet. Mit weiteren 8 Fliegern ist noch zu rechnen, sodaß 105 Maschinen die erste Etappe erledigt haben. Ausgeschieden sind 18 Apparate.

Streckenführung im Deutschlandflug 1933



Die dargestellte Streckenübersicht zeigt den Flugweg für die drei Flugzeugklassen. Die durchschnittliche Tagesleistung beträgt: Für die kleine Klasse (A) 838,3 km, für mittlere Flugzeuge Klasse (B) 1094,3 km und für die große Klasse (C) 1349,8 km.

Der Start zur 1. Etappe.

Der Deutschlandflug 1933 hat mit einem glänzenden Start begonnen. Schon am frühen Morgen hatte sich eine große Anzahl Zuschauer und Ehrengäste eingefunden, unter ihnen der Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein, der Präsident des Deutschen Luftsportverbandes, Hauptmann a. D. Loerzer, der Präsident des Aero-Clubs, von Kehler, der bekannte Pour-le-merite-Flieger Rittmeister a. D. Bolle vom Luftfahrtministerium, der Direktor der Deutschen Verkehrsfliegerschule, Dr. Ziegler, der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Luftfahrtindustrie Admiral Laß, Staatskommissar Engel als Vertreter der Stadt Berlin und zahlreiche höhere Beamte und Offiziere des Heeres und der Schutzpolizei sowie viele alte und bekannte Flieger, unter ihnen der Ozeanflieger Hauptmann Köhl.

Punkt 6 Uhr gibt Staatssekretär Milch das Zeichen zum Start, eine Leuchtrakete geht hoch und die ersten sechs Flugzeuge erheben sich donnernd über das Tempelhofer Feld. Bereits nach einer Minute sind sie am nordöstlichen Horizont in den Wolken verschwunden. Schlagartig steigt dann alle drei Minuten eine Staffel hoch und ist, noch ehe die nächste Gruppe gestartet ist, den Blicken entschwunden. Um 7 Uhr haben die letzten Flugzeuge programmgemäß den Berliner Flughafen verlassen.

Die Nordostgruppe trotz heftigen Sturmes von 110 Maschinen durchgeführt.

Danzig, 25. August.

Bald nach 15 Uhr haben die letzten Deutschlandflieger nach Ueberwindung der Etappe Königsberg den Danziger Flugplatz zum zweiten Male in Richtung Frankfurt a. d. Oder passiert. Es sind insgesamt 110 Flieger, die trotz des außerordentlich stürmischen und böigen Wetters, das während des ganzen Tages im Osten herrschte, mit ihren leichten Sportmaschinen den Flug durchgeführt haben. Nur etwa ein Dutzend Maschinen sind nach den bisherigen Feststellungen infolge irgendwelcher Schäden oder kleinerer Unfälle, die sich meist durch heftige Böen auf dem Danziger Flugplatz ereigneten, auf der Strecke geblieben. In Danzig hat diese Leistung der deutschen Flieger und des deutschen Materials einen außerordentlich starken Eindruck gemacht. An dem Deutschland-Flug sind übrigens auch zwei Danziger Flugzeuge beteiligt.

Sport in Kürze ...

Der Kampfvertrag zwischen Neusel und Larry Gains soll endgültig abgeschlossen sein. Die Begegnung ist für den 5. September nach Leicester anberaumt.

Bei den Bezirksmeisterschaften zu Akershus (Norwegen) gab es bei einem 100 m-Vorlauf den wahrscheinlich einzigartigen Fall, daß alle Teilnehmer wegen Fehlstarts disqualifiziert werden mußten.

Eine weitere Vereinigung zweier Sportvereine erfolgte nunmehr in Gütersloh. Der Deutsche Sportklub und Spiel und Sport tragen in Zukunft den Namen „VfL. Gütersloh".

Kölns nächster Großkampftag wird Ende September in der Adolf Hitler-Sporthalle (Rheinlandhalle) stattfinden, doch steht ein genauer Termin noch nicht fest. Als Hauptbegegnung ist ein Kampf um die Europameisterschaft im Weltergewicht zwischen Gustav Eder und dem Belgier Claude Anneet vorgesehen.

Berliner Chronik.

P. P. **Berlin**, 25. August.

Wer da geglaubt hat, daß nach dem Siege des nationalsozialistischen Prinzips der Geist freudloser Sturheit oder einengender, allzu preußischer Langweiligkeit in Deutschland einziehen würde, der hat sich getäuscht. Allerdings: es wird gründlich hart zugegriffen, wo es not tut, — und das tat es nur zu häufig, — aber auf der anderen Seite kommt der neue Staat überall da bereitwillig und mit offener Hand entgegen, wo sich der Wille zum Aufbau zeigt. Und dabei geht es durchaus nicht kleinlich, langweilig oder sauertöpfig zu; im Gegenteil, man sorgt für Betrieb. Auch die neuen Machthaber wissen, daß Stillstand Fäulnis ist, und daß überall da, wo flotter Betrieb herrscht, auch neues Leben und — wirtschaftlich betrachtet, auch Umsatz die Folge sein muß. Sieht man ganz von dem emsigen und fröhlichen Treiben ab, das in Tempelhof aus Anlaß des Deutschlandfluges herrscht, so zeigt sich ganz besonders der neue, aufbauwillige Geist des erwachten Deutschlands bei der großen Berliner Funkausstellung. In acht riesigen Hallen tagt sie, und in immer stärkerem Maße zieht sie das Interesse nicht nur der Bewohner Groß-Berlins, sondern auch der aus allen Teilen des Reiches herbeiströmenden Provinzler auf sich.

Es würde zu weit führen im einzelnen aufzuzählen, was diese meisterhaft zusammengestellte Funkschau dem Betrachter bietet; man müßte da allzu sehr ins Gebiet der Technik vorstoßen, müßte weitschweifende und langatmige Erklärungen abgeben, müßte erzählen vom „multikalischen Superhet", vom „Siemens-Sportsuper", müßte die Vorzüge der „Imperial-Klasse" und anderer Geräte des Rundfunks gebührend würdigen. All dies soll hier nicht geschehen; denn der Radio-Fachmann und auch der Amateur wissen hierüber hinlänglich Bescheid, und der blutige Laie kann sich unter jenen Fachausdrücken doch nichts Rechtes vorstellen. So sei nur erwähnt, daß die Berliner Funkausstellung von 1933 in hohem Maße ihren Zweck zu erfüllen scheint, nämlich: werbend zu wirken. Schon ist der sogenannte „Volksempfänger" in seiner ersten Serie ausverkauft die zweite wurde bereits am zweiten Tage der Ausstellung in Auftrag gegeben, — und auch der sogenannte „Zweikreiser" hatte glänzenden Absatz, denn am Tage der Eröffnung waren bereits 23 500 Stück dieses Geräts verkauft!

Aber auch in der Stille und ohne das Gepräge festlicher Ausstellungen kämpft das neue Berlin seinen gigantischen Kampf zur Behebung drückender Wirtschaftsnot, seinen Kampf gegen Arbeitslosigkeit und unproduktive Belastungen des Etats: Schon hat der Staatskommissar Dr. Lippert ein neues großes Sparprogramm aufgestellt, das sich in erster Linie gegen das Gespenst der Arbeitslosigkeit und ihre materiellen Auswirkungen richtet. Zwei Hauptgesichtspunkte sind es, von denen aus man die Sache angreift, — einmal die Abdämmung des Zuzuges Arbeitsuchender nach der Reichshauptstadt und zweitens die Bekämpfung der Schwarzarbeit. So darf man hoffen, daß über kurz oder lang jene Unzahl meist zweifelhafter Elemente, die aus fragwürdigen Instinkten heraus in Berlin einzuwandern pflegten, keinen Anreiz mehr zur Einwanderung in die Reichshauptstadt erblicken wird; denn man wird künftig denen, die nach dem 1. September neu hinzuziehen, die Arbeitslosenunterstützung ganz erheblich beschneiden, — möglicherweise wird man auch den früheren Aufenthaltsort für diese Lasten verantwortlich machen. Und alle diejenigen, die bisher glaubten, in der Millionenstadt unerkannt und ungestraft durch sogenannte „Schwarzarbeit" sich ein zusätzliches Verdienst zur Erwerbslosenunterstützung schaffen zu können, werden über kurz oder lang ebenfalls enttäuscht werden, da eine ungeheuer verstärkte Kontrolle und — im Entdeckungsfalle — sehr verschärfte Strafen diesen Leuten vermutlich den Mut zu ihrem asozialen Treiben nehmen dürften ...

Es hat den Anschein, als ob die Energie und Konsequenz, mit der das neue Regime der Reichshauptstadt die Aktion einer gründlichen Säuberung betreibt, bereits in zunehmendem Maße das Vertrauen und den Lebensmut der Bevölkerung gehoben hat. Früher drückten sich viele, allzuviele unter dem Druck wirtschaftlicher Not nach Möglichkeit vor der Ehe, heute beginnt man wieder, den Mut zur Heirat aufzubringen. Nicht minder bemerkenswert ist, daß viele bisher nur standesamtlich getraute Paare jetzt die kirchliche Trauung nachholen. Die größte Massentrauung, die in ein und derselben Kirche und zur selben Stunde vor sich ging, fand zweifellos am vergangenen Sonntag in der evangelischen Dankeskirche am Berliner Wedding statt, wo sich nicht mehr und nicht weniger als 130 Paare gleichzeitig trauen ließen. Es war eine eindrucksvolle Feier, die da im hohen Norden Berlins, wo zu anderen Zeiten der Schrei des Klassenkampfes die Straßen beherrschte, vor sich ging und die Anteilnahme weiter Bevölkerungsschichten erregte.

In alle Schlupfwinkel hinein dringt das Auge der neuen staatlichen Ordnung. Kein Tag vergeht, ohne daß Verbrechertum, Gaunerei und lichtscheues Treibes entlarvt und zur Sühne gezogen werden. Jetzt ist es gelungen, den berühmten Spielklub „Schachtel" auszuheben, und die Mitglieder dieser zweifelhaften Gesellschaft kurz und bündig der rächenden Justiz zu überliefern. Noch ist es leider nicht gelungen, den Leiter dieses Klubs, Herrn Schachtel persönlich, zu fassen. Doch konnte man zehn seiner Genossen — die fast durchweg östlichen Ghettos entstammen — in einem Hause der Augsburger Straße dingfest machen und mit den zulässigen Höchststrafen zu belegen. Es waren hübsche Dinge, die hierbei ans Tageslicht kamen; man fand alle erforderlichen Geräte, die der Falschspieler zu seinem Gewerbe benötigt, alles Dinge, die der ehrsame Bürger nur dem Namen nach kennt: Feilen zum Markieren von Spielkarten, „gezinkte" Karten und ähnliches Gerät ... Die berüchtigte Kolonne Schachtel hat aufgehört zu existieren; auch sie ist der großen Säuberungsaktion zum Opfer gefallen.

Heiteres.

Geistesgegenwart.

Schutzmann (zum Einbrecher, der in ein Fenster einsteigen will): „He, Sie, was suchen Sie da?"

Einbrecher: „Pst, pst, das ist nur wegen meiner Frau, die hat heute die Treppe frisch gestrichen!"

Ein Tommy sagte: „Wenn wir wieder Frieden haben, bin ich der erste, der unserm Sergeanten die Jacke vollhaut."

„Das wirst du nicht", sagte ein anderer. „Du wirst dich hübsch in eine Reihe mit den andern stellen und warten, bis du drankommst."

★

Nettes Früchtchen.

„Mein Sohn", sagte ein alter Geschäftsmann, „du bist jetzt schon so lange bei mir im Geschäft tätig, ich habe mich mein Leben genug geplagt und möchte mich zurückziehen. Was sagst du dazu?"

„Weißt du, Papa", sagte der Sohn, „bleibe noch ein paar Jährchen im Geschäft und dann ziehen wir uns zusammen zurück."

★

Mißverstanden.

Die Bremsen knirschten und der Ueberfallkommando-Wagen hielt an der Wiese. „He", ruft der Offizier einem kleinen Jungen zu, „hast Du etwa hier in der Nähe ein Flugzeug niedergehen sehen?"

„Nein, Herr Schupo", erwidert der Junge und versucht seine kleine Steinschleuder zu verstecken, „und ich bin's auch ganz wirklich nicht gewesen. Ich habe nur nach den Spatzen geschossen!"

Aus Münster und dem Münsterland.

Neukonstituierung der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Woche" für Westfalen und Lippe.

△ **Münster**, 25. August.

Unter dem Vorsitz des Staatsministers Riecke (Detmold) wurde im Sitzungssaale der Westfälischen Landwirtschaftskammer in Münster eine bedeutsame Sitzung abgehalten, an der Vertreter der Behörden, der politischen Organisationen der NSDAP., der Wirtschaftsorganisationen und der Verbraucher teilnahmen. Den Zweck dieser Zusammenkunft bildete die Neukonstituierung der „Arbeitsgemeinschaft Deutsche Woche für Westfalen und Lippe". In den engeren Beirat traten u. a. Oberpräsident Ferdinand Frhr. v. Lüninck (Ostwig), der Landesstellenleiter für Westfalen und Lippe des Reichsministeriums für Volksernährung und Propaganda, Homann (Bielefeld) und die Gauleitungen des Gebietes ein. Man faßte den Beschluß, in Gemeinschaft mit den Berliner Zentralstellen die Arbeiten, die im wesentlichen eine Förderung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung durch Stärkung des inneren Marktes zum Ziele haben, tatkräftig fortzuführen und nichts unversucht zu lassen, was von seiten der volkswirtschaftlichen Aufklärung her in dieser Richtung vollzogen werden kann.

Sparkassendirektor Hillekamps erneut festgenommen und verhaftet.

«md» **Münster**, 25. August.

Gegen den Sparkassendirektor Hillekamps wurde am Donnerstag richterlicher Haftbefehl erlassen.

Bereits am 15. August wurde Direktor Hillekamps wegen verschiedener Vorkommnisse bei der Städtischen Sparkasse festgenommen und dem Amtsrichter vorgeführt. Der amtierende Richter konnte sich jedoch nicht dazu entschließen, Haftbefehl gegen ihn zu erlassen, da die damals erhobenen Vorwürfe eine Inhaftierung nach Ansicht des Richters nicht rechtfertigten. Inzwischen ist im Verlauf der Revision der Sparkasse weiteres Material gegen Hillekamps festgestellt worden, worauf am Donnerstag nach seiner Vernehmung richterlicher Haftbefehl gegen ihn erlassen wurde.

In der Stadtverordnetensitzung vom 16. d. M. hat Bürgermeister Hillebrand bereits gegen die Kritiken in juristischen Kreisen, die das Vorgehen des Bürgermeisters Hillebrand, der im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde und dem Oberstaatsanwalt handelte, betrafen, Stellung genommen. Die nunmehr erfolgte Verhaftung beweist, daß Bürgermeister Hillebrand die Sachlage damals richtig erkannt hat und daß sein Vorgehen in jeder Beziehung gerechtfertigt war.

Die aufgedeckten Verfehlungen können jedoch im Interesse der Untersuchung der Oeffentlichkeit heute noch nicht bekanntgegeben werden. Die Verfehlungen sind rein persönlicher Natur und haben auf die Geschäftsführung der Sparkasse keinerlei Auswirkung.

Kontrollverträge mit Handelsfirmen zum Schutze der Landwirtschaft.

△ **Münster**, 25. August.

Zum Schutze der Landwirtschaft gegen minderwertige Erzeugnisse auf den Gebieten des Kunstdüngers und der Futtermittel hat die Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen soeben Kontrollverträge mit verschiedenen Handelsfirmen abgeschlossen. Diese Firmen haben den Absatz ihrer Waren und Fabrikate nach Westfalen unter die Kontrolle der Landwirtschaftskammer gestellt und mit ihr einen Vertrag über Nachprüfung der Waren abgeschlossen. Bei diesen Firmen handelt es sich für den Düngerhandel: Betriebsgemeinschaft Chemischer Fabriken in Bielefeld, Deutsche Superphosphatindustrie GmbH. in Köln, L. Stroetmann in Münster, Thomas-Phosphatfabriken GmbH. in Berlin, Weiler-Heineberg-Flechtheim-AG. in Brakel (Kr. Höxter) und Hellermann u. Co. in Elverdissen; für den Handel mit Futtermitteln: Heinrich Jansen in Neuß, Geflügelfutterfabrik Hermann Schräder in Ochtrup und Kraftfuttermittelwerke der Germania-Brauerei G.-G. in Münster.

Aenderung in der Zollgrenzordnung für die Provinz Westfalen.

‡ **Münster**, 25. August.

Mit Wirkung vom 1. September d. J. tritt in der Führung der nach § 9 der Zollgrenzordnung vorgeschriebenen Anschreibebücher eine Aenderung ein, die für Viehhändler, Metzgermeister und Viehmästereiinhaber von besonderer Wichtigkeit ist. Von diesem Tage ab muß die Buchführung über sämtliche Tiere, die der Buchinhaber in die zu seinem Gewerbebetriebe gehörigen Gebäude oder auf seine Weiden verbringt, Auskunft geben. Tiere, die der Buchinhaber erwirbt, die aber nicht in die zu seinem Gewerbebetriebe gehörigen Gebäude oder auf seine Weiden gebracht, sondern unmittelbar vom Stall des Vorbesitzers aus versandt oder weiter veräußert werden — also seinen Gewerbebetrieb oder seine Weiden garnicht berühren —, sind von der Eintragung in das Buch ausgenommen.

Durch diese Aenderung, die zum 1. September d. J. in Kraft tritt, ist die nach der bisherigen Fassung der Anleitung berechtigte Zweifelsfrage, ob Vieh, das der Metzger nicht in seine Stallungen, sondern unmittelbar in das zu seinem Gewerbebetriebe gehörige eigene Schlachthaus verbringt, buchmäßig festzuhalten ist oder nicht, ohne weiteres in bejahendem Sinne geklärt.

Verantwortungsbewußtsein und Opfersinn bei der Westfälischen Landeseisenbahn.

‡ **Münster**, 25. August.

Ein schönes Beispiel nationalsozialistischen Verantwortungsbewußtseins und opferbereiten, betriebskameradschaftlichen Zusammenstehens bietet die gesamte Belegschaft der Westfälischen Landeseisenbahn. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter dieser Bahn waren früher nach Reichsbahngrundsätzen besoldet worden. Infolge des katastrophalen Verkehrs- und Einnahmerückganges, der insbesondere auf der Stillegung der Beckumer Zementindustrie beruht, war es der Bahn nicht mehr möglich, die Gehälter in voller Höhe herauszuwirtschaften. Sie benutzte daher die Preußische Sparverordnung vom September 1931, um eine Reihe von Angestellten zu entlassen und für die übrige Belegschaft einen Tarifvertrag einzuführen, der eine wesentliche Herabsetzung der Gehälter zur Folge hatte; außerdem wurden einschneidende Herabstufungen vorgenommen. Die Belegschaft, die zum größten Teil lebenslänglich angestellt ist, hielt diese Maßnahme nicht für zulässig. Es folgten Prozesse, die bis zum Reichsarbeitsgericht gingen. Die Lage spitzte sich immer mehr zu. Eine Verständigung schien unmöglich. Der neue nationalsozialistische Geist, der die Belegschaft und die Führer der Gesellschaft beseelt, hat sie doch ermöglicht. In der Aufsichtsratssitzung vom 22. d. M. konnte der derzeitige Vorsitzende des Aufsichtsrats, Staatskommissar Kolbow, berichten, daß die auf seine Veranlassung vorgenommenen Verhandlungen zu einem vollen Erfolge geführt hätten. Die Gesellschaft stellt die alten Gehälter wieder her, die Belegschaft aber leistet freiwillig einen erheblichen Sanierungsbeitrag, der weitere Verluste der Gesellschaft verhüten wird. Steigen die Einnahmen, so sollen sie der Belegschaft zugute kommen. Im übrigen sind Härten im Rahmen des für die Gesellschaft Erträglichen gemildert. Entlassungen finden nicht mehr statt. Staatskommissar Kolbow konnte mit Recht die Gesellschaft und die Belegschaft zu dieser im allseitigen besten Einvernehmen getroffenen Regelung beglückwünschen, die die ungestörte Weiterführung der Gesellschaft sicherstellt und die einen neuen Abschnitt vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Gesellschaft und Belegschaft einleitet.

Zum Landesführer-Stellvertreter der NSKOV. ernannt.

«md» **Meppen**, 25. August.

Der vor kurzem in die Landesleitung Niedersachsen in Oldenburg berufene Pg. von Basse ist, wie wir erfahren, vom Landesführer der NSKOV., Staatsminister a. D. Spangemacher, Oldenburg, zum Landesführer-Stellvertreter ernannt.

Es gibt noch Mittwoch-Ausflugkarten.

‡ **Münster**, 25. August.

Hierzu teilt die Pressestelle der Reichsbahndirektion Münster folgendes mit: Es werden nach wie vor Mittwoch-Ausflugkarten von einer Anzahl größerer Orte nach kleineren Orten ausgegeben, z. B. von Münster nach Altenberge, Amelsbüren, Appelhülsen usw., oder von Osnabrück nach Borgholzhausen, Dissen—Bad Rothenfelde, Hasbergen usw. oder von Rheine nach Bentheim, Burgsteinfurt, Ibbenbüren usw.

Dagegen werden solche Karten von kleinen nach größeren Orten, die in einigen wenigen Verbindungen bestanden, nicht mehr ausgegeben, weil dadurch die Gewerbetreibenden in den kleinen Städten geschädigt würden. Diesen Standpunkt hat auch der Deutsche Industrie- und Handelstag vertreten.

Drei Monate Gefängnis wegen Beleidigung der Reichsregierung.

⊙ **Gronau**, 25. August.

Der Kellner Bruno Ko. aus Gronau hatte am 25. April dieses Jahres in angetrunkenem Zustande in der Gastwirtschaft Anbrecht in Gronau anderen Gästen gegenüber verächtlichmachende Bemerkungen über die Person des Herrn Reichskanzlers laut werden lassen. Heute hatte sich der Angeklagte vor dem Coesfelder Schöffengericht dieserhalb zu verantworten. Da die Verhandlungen eine krankhafte Nervosität des Angeklagten erkennen ließen, dem eine bewußte Feindschaft gegen die nationale Regierung nicht nachgesagt werden konnte, ließ das Gericht Milde walten. Anstelle einer nach dem Gesetz zu verhängenden Zuchthausstrafe beschränkte man das Strafmaß auf die geringste zulässige Strafe von drei Monaten Gefängnis, worauf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet werden soll.

Stadtverordnetensitzung Stadtlohn.

Stadtlohn, 25. August.

Die Stadtverordneten der Stadt Stadtlohn waren heute abend zu einer Sitzung versammelt, in der u. a. zur Neuregelung der Bürgermeisterfrage Stellung genommen wurde. Die Stadtverordneten wurden dahin einig, den stellvertretenden Bürgermeister zu besolden und demnächst dessen endgültige Einführung vorzunehmen, wobei man die Anwesenheit des Herrn Regierungspräsidenten und des Landrates erwartet. Zum ersten Beigeordneten der Stadt Stadtlohn wurde der Fabrikant Gottfried Hecking einstimmig gewählt. An seine Stelle tritt Pg. Helmuth König in den Magistrat ein. Nachdem die Dienstwohnung des ehemaligen Bürgermeisters frei geworden ist, soll aus Ersparnisgründen die Stadtverwaltung in das Bürgermeisterwohnhaus verlegt werden. In das ehemalige Dienstgebäude der Stadtverwaltung wird dagegen die städtische Sparkasse übersiedeln. Auf diese Weise entstehen der Stadt Ersparnisse in erheblichem Umfange.

★

△ **Münster**, 25. Aug. **700 kaufmännische Angestellte werden untergebracht.** Der Gauwirtschaftsberater und Sonderbeauftragte des Treuhänders der Arbeit, C. Franke (Münster), kündigt scharfen Kampf dem Doppelverdienertum an, um auf diese Weise 700 arbeitslose männliche kaufmännische Angestellte zu Arbeit und Brot zu bringen.

‡ **Emsdetten**, 25. Aug. **Erhängt aufgefunden** wurde in einer Tannenschonung hinter der Ems ein 23jähriger, aus Emsdetten gebürtiger junger Mann. Allgemein wird angenommen, daß der junge Mann die Tat in geistiger Umnachtung begangen hat.

× **Herveſt-Dorſten**, 25. Aug. **Ueberfall auf Eiertransport.** In einer der vergangenen Nächte wurde, wie erst jetzt gemeldet wird, auf der Straße Dorsten—Borken in der Nähe des Freudenberges von 5 bis 6 unbekannten Personen, die mit Karabinern bewaffnet waren, ein Ueberfall auf einen Eiertransport aus Weseke verübt. Die bewaffneten Leute hielten den Wagen an, nahmen eine Summe Geldes an sich und flüchteten, als der Besitzer des Transportes nach den Ausweisen fragte, in zwei Automobilen, von denen eines das Zeichen IY 84 295 trägt.

Die Milch ist kein Handelsobjekt, sondern ein Volksnahrungsmittel.

△ **Münster**, 25. August.

Der Reichskommissar für die Milchwirtschaft, Frhr. von Kanne (Breitenhaupt bei Höxter), der soeben den Aufruf an die westfälischen Bauern im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Westf. Bauernvereins erließ, verbreitete sich über „Die Milchwirtschaft im Dritten Reich". Ueber die Neuordnung der Milchwirtschaft führte er aus: Grundsätzlich ist die Milch kein Handelsobjekt, sondern ein Volksnahrungsmittel, das jede ungerechtfertigte Bereicherung ausschließt. Ich werde mich stets dafür einsetzen, daß dem Bauern nicht diese seine einzige, dauernd fließende klare Einnahmequelle dadurch genommen wird, daß andere sie trüben, nur um sich Vorteile zu verschaffen. Alle, die mit Milch und Milcherzeugnissen zu tun haben, nämlich der Bauer als Erzeuger, die Molkerei als Be- und Verarbeitungsbetrieb, der Händler als Verteiler und die Hausfrau als Abnehmerin, sollen sich nicht nur mechanisch in den Lauf der Dinge einschalten, sondern dabei an die zu erfüllende Aufgabe mit voller Ueberlegung herangehen. Der Bauer kann seine Milch als Trinkmilch und Werkmilch absetzen. Wer nun seine Milch nicht als Trinkmilch absetzen kann, hat ebenso einen Anspruch auf Förderung seiner Wirtschaft. Um hier einen gesunden Ausgleich herbeizuführen, müssen die Einzugsgebiete der Städte erst einmal in wirtschaftsvernünftiger Weise abgegrenzt werden. Die Molkerei hat, ohne dabei hohe Summen zu investieren, dafür zu sorgen, daß die Milch in hygienisch einwandfreier Form dem Händler und dem Verbraucher zugeführt wird. Der Milchhändler hat als Verteiler seine Aufgabe zu erfüllen und darf die Milch auf ihrem Wege zum Verbraucher nicht mit unnötigen Kosten belasten. Die deutsche Frau als Abnehmerin und Verbraucherin mag sich klar sein, daß sie durch möglichst vielseitige Verwendung der Milch dem deutschen Bauern und damit dem deutschen Volke hilft.

Die wichtigste Aufgabe des Reichskommissariats ist die Durchführung des § 38, mit dessen Hilfe nunmehr Ordnung in die Milchwirtschaft gebracht und die ungleichen Produktions- und Absatzbedingungen ausgeglichen werden. In enger Zusammenarbeit damit werden die freien Verbände in der deutschen Milchwirtschaft bei dem Aufbau auf Grund des § 38 umgebildet und, soweit sie nicht in diesen organischen Aufbau hineinpassen, müssen sie verschwinden. Da über die Hälfte der erzeugten Milch verarbeitet wird, ist ein Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß alle Möglichkeiten einer guten Verwertung der Nebenprodukte erschöpft werden. In Verbindung damit wird in Zukunft eine organisch aufgebaute, in den Kern der Sache eindringende Werbung stehen, die vom Reichsausschuß geleistet wird.

Zur Sicherung des Butterabsatzes und für die Preisbildung der Milcherzeugnisse werden noch besondere Maßnahmen getroffen. Auch die Qualitätsverbesserung der Milch und der Milcherzeugnisse, die Ueberwachung der im Reichsmilchgesetz und der kommenden Butter- und Käseverordnung enthalten Vorschriften und schließlich die einheitliche Führung der wirtschaftlichen Lehr- und Unterrichtsanstalten gehören zum Arbeitsbereich des Reichskommissariats. Durch eine scharfe Kreditkontrolle wird außerdem verhindert werden, daß in Zukunft Nichtswürdige noch Kredite erhalten.

★

Eine Anordnung des Reichsobmanns für bäuerliche Selbstverwaltung.

△ **Münster**, 25. August.

Wie wir zuverlässig erfahren, hat der Reichsobmann für die bäuerliche Selbstverwaltung und Reichslandbundpräsident Meinberg (Wasserkurl) auf Grund des § 2 des Gesetzes vom 14. Juli d. J. angeordnet, daß alle öffentlich-rechtlichen und alle freien Organisationen, Verbände und Vereinigungen der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, des Garten-, Obst-, Gemüse- und Weinbaues und der Tierzucht irgend welche organisatorischen, personellen oder finanziellen Maßnahmen, die den Aufbau des Standes der deutschen Landwirtschaft berühren oder berühren können, nur treffen dürfen, nachdem sie die ausdrückliche Zustimmung des Reichsobmannes vorher eingeholt haben. Das Gleiche gilt auch für jede Beteiligung an solchen Maßnahmen.

Turnen / Spiel / Sport.

Die Ereignisse des Sonntags.

Schalke 04 — Borussia Rheine.

Jubiläumskampf auf dem Rheiner Borussenplatz. — Größte Anteilnahme der näheren und weiteren Umgebung. — Fünffacher Westdeutscher Meister und Deutscher Vizemeister zeigt seinen Klassefußball.

Das größte Sportereignis, das die Stadt Rheine, deren nähere Umgebung, wie auch das münsterische und übrige Emsland nebst Kreis Tecklenburg je erlebt hat, wird der am Sonntag stattfindende Fußball-Großkampf zwischen den Ligamannschaften der populärsten deutschen Fußballelf des F. C. Schalke 04 und des S. C. Borussia Rheine werden, mit dem die Rheiner Borussen den Höhepunkt der sportlichen Veranstaltungen aus Anlaß ihres 25jährigen Vereinsjubiläums bieten. Das Interesse an diesem Kampf ist, wie aus der sagenhaften Nachfrage nach Eintrittskarten hervorgeht, derart groß, daß man schon vorher sagen kann, einen solchen Massenbetrieb hat man auf einem Rheiner Sportplatz bisher noch nicht erlebt. Man sieht aber auch, wie sehr sich die Sportinteressenten unserer Gegend nach wirklichen Großkämpfen sehnen, mit denen wir ja wirklich nicht allzu oft gesegnet werden. Hätten nicht die Borussen vor einigen Jahren durch ihre Meistermannschaft für einige Großereignisse gesorgt, so wären wir hier genau so stiefmütterlich dran, wie noch heute das nördliche Emsland. Der Kampf gegen die „Knappen" aber soll nun alles bisherige in den Schatten stellen. Wer wollte wohl auch nicht einmal die Kuzorra, Scepan, Rothardt, Tibulski, Nattkämper usw. leibhaftig spielen gesehen haben? Wo auch immer die Schalker auf den Plan treten, da begeistern sie die Menge durch ihr fabelhaftes unerreichtes Fußballkönnen. Wie war es doch noch, als man die „Knappen" seinerzeit auf ein Jahr in die Verbannung schickte? Siebzigtausend Sportenthusiasten stürmten nach ihrer Begnadigung die „Glück-auf-Kampfbahn", um ihre Lieblinge wieder zu sehen und ihnen begeistert zuzujubeln. Diese Begeisterung für Schalke hat sich auch bis heute noch nicht gelegt. Und sie wird sich nicht legen, solange nicht ein anderer Stern am westdeutschen, am deutschen Fußballhimmel entsteht. Aber woher sollte der kommen?

Nach wie vor ist die Kunst der Schalker unerreicht. So werden sie auch in Rheine das Publikum bis zum letzten begeistern und zeigen, bis zu welcher Vollendung man es im Fußballspiel bringen kann. Selbstverständlich tritt die Meisterelf in stärkster Aufstellung an, und zwar mit

Mellage
Badoreck Zajons
Tibulski Bornemann Valentin
Rosen Scepan Nattkämper Kuzorra Rothardt.

Die Borussen stellen ebenfalls ihre allerstärkste Mannschaft, die sich bereits in den ersten Spielen der neuen Saison bewährt hat und die in den letzten Wochen in strengstem Training stand, um unter allen Umständen gegen die Gäste ein ehrenvolles Resultat herauszuholen. Borussia tritt in folgender Elf an:

Weichel
Uthmann Giese
W. Hunz Kluck Lehmköster
J. Hunz Schoppen Schnippe Watermann Dr. Ossege.

Der Anstoß ist auf 4 Uhr festgesetzt, so daß vor allem auch die Sportfreunde der Umgebung Gelegenheit haben, sich frühzeitig einen möglichst günstigen Platz zu sichern. Der Platz bietet bequem für 6—7000 Zuschauern Raum, die Sitzplätze sind verdoppelt. Vorher findet ein Spiel der 1. Jugendmannschaft statt, so daß die rechtzeitig Erscheinenden keine Langeweile haben werden. Wir bemerken nochmals, daß Karten für Erwerbslose nur an der Hauptkasse gegen Vorzeigung der Invalidenkarte (!) verkauft werden. Br.

Großkampftag in Wessum.

DJK., WSV. und SA. feiern gemeinschaftlich das 14. Stiftungsfest der DJK.

Besonders festlich hat die DJK. Union Wessum, weithin als einer der führenden DJK-Vereine bekannt, das 14. Stiftungsfest ausgestaltet. Wie kein zweiter ist ja gerade ein solcher Festtag geeignet, Brücken über alle früheren Gegensätze zu schlagen und den Gedanken der Zusammengehörigkeit zu wecken und fest zu verankern. So darf man es als eine Tat begrüßen, wenn Union Wessum diesen Festtag nicht still und verschwiegen im Kreise alter DJK-Freunde begeht, sondern darüber hinaus sämtliche Nachbarvereine als Teilnehmer an einem größeren Fußballturnier gewinnen konnte. So wird der Festtag, der sich am Sonntag nach der Festandacht durch den Ort zum Sportplatz bewegen wird, ein neues frohes Bild bieten. Voran die SA-Kapelle, gefolgt von den DJK- und WSV-Vereinen. Das sportliche Programm sieht eine Reihe von Fußballspielen vor, bei denen es einen Pokal zu erobern gibt. Die Zusammensetzung zeigt:

T. u. Sp. Wüllen — Tapfer Ottenstein.
Tus Stadtlohn Ref. — Union Wessum 2.
ABC 08 Ahaus — Tus Stadtlohn.

Die Spiele werden sämtlich gute Leistungen bringen, die beiden DJK-Vereine gehören zur Gauklasse, während die WSV-Vereine der 2. Bezirksklasse angehören. — Während der Spiele wird die Wessumer SA-Kapelle auf dem Platz konzertieren.

Sportfreunde Dülmen — Matellia Metelen.

Mit zwei Mannschaften weilt Matellia Metelen in Dülmen, wo sich ihnen die Dülmener Sportfreunde stellen. Die Sportfreunde absolvieren damit ihr erstes Spiel nach der Sperre.

Fortuna Emsdetten — Germania Münster Ref.

Werbetag in Ostbevern.

Neue Anhänger der Sportbewegung zu gewinnen, gilt der Werbetag der Ostbeverner DJK., der besonders großzügig aufgezogen ist. Nach einem Festmarsch durch das Dorf werden leichtathletische und turnerische Darbietungen sofort das rechte jugendfrische Bild deutschen Sportlebens zeigen. Im Mittelpunkt des Programms stehen zwei größere Fußballkämpfe. Morgens treffen sich

Germania Münster — DJK. Greven.

Wer bei diesem Kampf Sieger bleiben wird, ist recht fraglich, da vor allem die Grevener durch den Zusammenschluß an Leistungsfähigkeit stark gewonnen haben. Am Nachmittag stellen sich dem Schiedsrichter:

DJK. Harsewinkel — Borussia Münster.

Die Harsewinkeler stellen eine beachtliche Einheit, die große Erfolge zu verzeichnen hat und den Borussen, die noch lange nicht eindeutig als Sieger feststehen, das Leben recht schwer machen werden.

Zwischendurch spielen dann noch

Münster-Ueberwasser — DJK. Ostbevern

mit der 1. und 2. Mannschaft. Den Abschluß des Tages gibt die feierliche Siegerverkündigung.

Nationale Wettkämpfe in Dortmund.

Neben den Spitzenkönnern der DJK. werden an den leichtathletischen Wettbewerben am 3. September auf dem Mendeplatz auch die bekanntesten Vereine aus dem WSV. teilnehmen, so u. a. OSV. Hörde, DSC. 95, Hammer Spielvereinigung, Recklinghausen 09. Mit dem DSC. 99 Düsseldorf schweben noch Verhandlungen. Sofern diese zum Abschluß kommen, ist auch mit dem Erscheinen von Leseber, Wiegand (Westf. Meister), Kollmann usw. zu rechnen. Von der DJK haben sich die ersten Rennmannschaften gemeldet, wie Mark Paderborn, Saxonia Münster, Berlin-Schöneberg, Saxonia Dortmund usw. Da der Mendespielplatz neu instandgesetzt wird, dürfte es am 3. September zu spannenden Kämpfen kommen. Die erzielten Resultate werden sich sicher sehen lassen können.

Gegenseitige Einnahmekontrolle im Fußball.

Eine kleine Anregung.

Die zahlreichen Bestimmungen der letzten Wochen, die zu einer Neuorganisation im deutschen Fußball beitragen sollen, haben natürlich allgemeines Interesse gefunden. Zweifellos versprechen die neuen Verordnungen einen großen Aufschwung gerade im Volkssport Fußball und so ist es verständlich, daß auch die Anweisungen, die die finanziellen Verhältnisse der Vereine regeln sollen, allgemeine Beachtung finden.

Und so ist nachstehende Bekanntmachung allgemein verständnisvoll begrüßt worden: „Bei allen Meisterschafts-, Pokal- und Pflichtspielen in den Gauen, Bezirken und Kreisen werden die Einnahmen grundsätzlich geteilt. Von der Brutto-Einnahme zahlt der platzbesitzende Verein fünf Prozent an den Gau, zehn Prozent erhält der Verein als Platzentschädigung und fünf Prozent als Verwaltungsunkosten. Die Netto-Summe wird zu gleichen Teilen geteilt."

Es wird also nicht mehr vorkommen, daß ein Verein während der Meisterschaftssaison mehrere Wochen lang ohne Einnahmen bleibt, weil eben drei oder — wie es tatsächlich vorgekommen ist — vier Spiele hintereinander auf gegnerischen Plätzen ausgetragen werden müssen. Es wird immer soviel herauskommen, daß zumindest die Fahrtkosten gedeckt sind. Aber diese neue Einrichtung bietet den zuständigen Gau-Instanzen auch eine leichte und einfache Möglichkeit, die Einnahmen genau zu kontrollieren. Der Weg ist einfach, wenn man ihn den einfachen Lebens- und Vereinserfahrungen anpaßt. Ein kleiner Vorschlag soll als Hinweis dienen, ein Vorschlag, der in besonderem Maße davon beeinflußt wurde, dem Verband unnötige Kosten zu ersparen und doch den Zweck klar zu erreichen:

Gegenseitige Selbst-Kontrolle der Vereine! Der Weg ist klar umrissen so gedacht, wie das nachstehende Beispiel ihn schildert:

Der Verein Schwarz-Weiß (die Namen spielen keine Rolle!) hat beim VfL. ein Meisterschaftsspiel auszutragen. Platzverein ist also der VfL. Benrath, der die Unkosten trägt und durch den festgesetzten Abzug an der Brutto-Einnahme entschädigt wird. Um eine eingehende Kontrolle über die Einnahmen nicht nur für den Verband sondern auch den besuchenden Verein zu schaffen, soll dem Gast-Verein, also in diesem Fall Schwarz-Weiß, das Recht eingeräumt werden, die Karten zu stellen. Die Geschäftsstelle des VfL. würde zehn Tage vor dem Spiel eine entsprechende Anzahl Karten anfordern, den Verkauf übernehmen und nach dem Spiel die Karten mit Schwarz-Weiß verrechnen. Sind 20 000 Karten angefordert worden, so muß hierüber eine Abrechnung erfolgen, jede fehlende Karte ist zu bezahlen. Und wer zweifelt daran, daß Schwarz-Weiß mit Argus-Augen darüber wachen wird, daß kein Pfennig verloren geht? Beim Rückspiel Schwarz-Weiß würde VfL. die Karten stellen, der umgekehrte Weg und eine einfache Kontrolle.

Dieser Weg ist zweifelsohne einfacher und kostspieliger, als wenn der Verband die Karten ausgeben, sie alle vier Wochen abrechnen und kontrollieren würde. Das Geld, das durch den einfachen Weg der gegenseitigen Kontrolle erspart würde, könnte zweifellos im Dienste der heranwachsenden Jugend bessere Verwendung finden. Nur ein bescheidener Vorschlag — aber er dürfte zu beachten sein! Und wenn diese Kontrolle nicht genügen sollte, wäre sogar die Möglichkeit gegeben, daß sofort nach dem Spiel die Abrechnung dem Schiedsrichter vorzulegen ist, der die von beiden Vereinsführern bestätigte Summe in seinen Bericht einträgt.